

Antrag

**des Abgeordneten Tim Dieter und der Volksfront
Fraktion**

Härteres Vorgehen gegen Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschenhandel

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zwangsprostitution und Zuhälterei sind ein Problem in Deutschland, welches endlich im Bundestag beachtet werden muss. Zwangsprostitution ist schwer zu quantifizieren, da sie oft im Verborgenen bleibt. Während Zuhälter nach Finanzamt und allgemeiner Überprüfung oftmals als sauber gelten, finden im Untergrund parallel dazu die Verbrechen statt. Viele Frauen driften aufgrund sozioökonomischer Gründe in die Prostitution und dann auch schnell in die Zwangsprostitution ab. Das Schema bleibt ähnlich: Erst werden die Frauen zu den lukrativen Sex-Geschäften wie Bordellen mit eigenem Zimmer und die Aussicht auf viel Geld, welches im Gegensatz zu einem normalen Beruf schnell verdient erscheint, gelockt. Wer einmal in einem Zuhältersystem ist, kommt schwer wieder heraus. Gewalt und Einschüchterungen sind im Rotlichtmilieu Alltag. Dort beginnt dann die Leibeigenschaft der Frauen und die Ausbeutung dieser, während Zuhälter sich mit den Frauen die Taschen voll machen. Mit dem 2017 in Kraft getretenem Prostituiertenschutzgesetz wurden neue Schutzvorschriften eingeführt, die die tatsächliche Situation der betroffenen Frauen verbessern sollte. Der erhoffte Erfolg ist allerdings nicht eingetreten. Bereits die Zwischenevaluation im Jahr 2020 hat gezeigt, dass die eingeführten Schutzvorschriften größtenteils ins Leere laufen und sich die Situation der von Experten geschätzten mindestens 250.000 Prostituierten in Deutschland nicht verbessert hat. Dies belegen auch aktuelle Zahlen: Im Jahr 2022 waren lediglich 28.280 Prostituierte bei den Ordnungsbehörden gemeldet. Darunter gerade einmal 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie zehn ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Diese Zahlen und die Berichte von Streetworkern, Beratungsstellen, Aussteigerinnen und Betroffenen zeigen auf, dass der Job als Prostituierte mit eigenem Konto, eigener Wohnung, Kranken-, Renten- und Sozialversicherung in erheblich vielen Fällen leider nicht der Realität entspricht. Vielmehr erleben viele der Prostituierten die Handlungen der Freier an ihrem Körper häufig als vielfache Vergewaltigungen, verbunden mit demütigenden, schmerzhaften und die physische wie psychische Gesundheit gefährdenden Praktiken. Das erzeugt ein Trauma, welches die Frauen nie wieder überwinden werden. Auch fällt der Ausstieg neben den genannten Punkten der Gewalt der Zuhälter auch schwer, da sie für eine andere Arbeit nicht qualifiziert sind, da nach Aussagen vieler Prostituierte,

die Prostitution bereits in der Minderjährigkeit begann, manchmal sogar in der Pubertät. Dazu kommen noch vor allem, dass ausländische Prostituierte in Deutschland es nochmal besonders schwer haben aufgrund von Sprachbarrieren und teils fehlendem Verständnis für ein anderes Leben, da sie schon als Kinder durch Menschenhandel in diese Sklaverei getrieben wurden.

Menschenhandel hängt zusammen mit Zwangsprostitution. Während deutsche Frauen oftmals ein viel besseres Verständnis von Gegebenheiten und Rechten haben, sind vor allem ausländische Mädchen sich diesem weniger bewusst und können so einfacher von Zuhältern ausgebeutet werden. Drei Menschen pro Tag sind in den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland betroffen von Menschenhandel, nach Informationen des Instituts für Menschenrechte. Wir sehen hier ein riesiges Problem in einem Land, wo Menschenrechte und Recht auf seinen eigenen Körper eigentlich heilig sind. Die Politik muss jetzt geeint harte Kante gegen Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschenhandel zeigen.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ein härteres Vorgehen gegen Menschenhandel vorzunehmen. Dazu soll sie vor allem die Bundespolizei bei der Ein- und Ausreise einen neuen besonderen Fokus auf mutmaßlichen Menschenhandel legen. Dazu soll das BKA neben den bisher internationalen Task-Force noch eine eigene nationale Taskforce konkret für Menschenhandel gründen.
2. bei der nächsten Innenministerkonferenz die Themen Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschenhandel auf die Tagesordnung zu bringen. Da das Thema sowohl Kompetenzen des Bundes als auch der Länder betrifft, soll diese dann unter Leitung des Bundesministers für Inneres ein Papier zur Bekämpfung von den oben genannten Themen vorlegen. Vor allem die Koordinierung der Behörden von Bund und Ländern gegen Zuhälterei, also vor allem kriminelle Strukturen aufzudecken und die Strafverfolgung zu stärken. Es wurde schon 2023 ein nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels angekündigt, der nie kam.
3. weitere Bundesmittel für den Ausbau von anonymen Beratungsstellen, Notunterkünften und Unterstützungsprogrammen für Ausstieg und Reintegration von Betroffenen der Zwangsprostitution bereitzustellen.
4. bundesweite Kampagnen zur Sensibilisierung gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution in Schulen, Universitäten und über digitale Medien zu initiieren und zivilgesellschaftliche Organisationen dabei zu unterstützen. So sollen zukünftige potenzielle Opfer über die Gefahren der Zwangsprostitution und der Zuhälter aufgeklärt werden.
5. sicherzustellen, dass Prostituierte im Zuge der Neuregelung nicht durch die Tatsache der reinen Ausübung der Tätigkeit kriminalisiert werden.
6. eine Notfall-Hotline für Prostituierte einzurichten, die rund um die Uhr erreichbar ist und die Betroffenen mit Fachberatungsstellen sowie den zuständigen Ordnungsbehörden vernetzt und in akuten Notlagen schnelle Hilfe bieten kann.

Berlin, den 23. Oktober 2025

Tim Dieter und Fraktion